



## Hauptausschuss

### 22. Sitzung (öffentlich)

18. Januar 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:06 Uhr bis 11:56 Uhr

Vorsitz: Klaus Vossemer (CDU)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- |                                                                                                                                                |           |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>                                                                                                        | <b>5</b>  |
| Der Ausschuss verständigt sich darauf, TOP 2 heute nicht zu behandeln und auf die nächste Sitzung zu verschieben.                              |           |
| <b>1 Gespräch mit der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundesministerin a. D. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger</b> | <b>6</b>  |
| Vorlage 18/1231                                                                                                                                |           |
| <b>2 Gesetz über die Offenlegung staatlicher Zahlungen an Journalisten (Zahlungsoffenlegungsgesetz NRW)</b>                                    | <b>29</b> |
| Gesetzentwurf<br>der Fraktion der AfD<br>Drucksache 18/5830                                                                                    |           |
| – abschließende Beratung und Abstimmung                                                                                                        |           |
| – wird nicht behandelt                                                                                                                         |           |

- 3 NS-Sondergerichte waren juristisches Unrecht in der NS-Zeit! – Auch und gerade heute ist ein Gedenken an politisch motivierte Unrechtsurteile wichtig! 30**
- Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/7206
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an der Anhörung im federführenden Rechtsausschuss zu beteiligen.
- 4 Keine Entmachtung der Landeszentrale für politische Bildung! 31**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/7198
- Vorlage 18/2113
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Präsenzanhörung.
- 5 Selbstverständnis „Demokratie“ – eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten 32**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/7196
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Präsenzanhörung.
- 6 Spieler- und Jugendschutz stärken, Spielsucht bekämpfen: Die Landesregierung muss sich für eine Novellierung des Glücksspielstaatsvertrags (GlüStV) einsetzen! 33**
- Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/7210

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung.

<b>7</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>34</b>
	<b>a) Hinweis auf zwischenzeitlich eingegangene Vorlagen</b>	<b>34</b>
	<b>b) Einrichtung der Stabsstelle Prävention gegen Antisemitismus, politischen und religiösen Extremismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit</b>	<b>34</b>

\* \* \*